

## Bericht des Vorstandes - 13.Plenum 17.07.2019

Liebe Mitglieder des LSBB,

der Vorstand tagte entsprechend des Sitzungsplanes am 28.05. und am 25.06.2019. Im Anschluss an die Vorstandssitzung am 25.06., lud die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit Soziales zur Koordinierung ein.

Während am 28.05. zunächst ein Austausch über das Thema des heutigen Plenums stattfand, konzentrierte sich die Beratung am 25.06. auf dessen unmittelbare Vorbereitung.

Auf der Tagesordnung stand auch eine Information zum Stand der Vorbereitung der „Berliner Seniorenwoche, die vom 31.08. bis 11.09.mit dem Thema: Selbstbestimmt in jedem Alter“ stattfindet.

Wir verständigten uns über deren Eröffnung am 31.08. auf dem Breitscheidplatz und die Veranstaltung „Senioren debattieren im Parlament“ am 20.09.2019.im Berliner Abgeordnetenhaus. Mit dem diesjährigen Thema der Debatte stellen wir „Kultur und Bildung im digitalen ZeitAlter“ in den Mittelpunkt.

Senator\*innen des Berliner Senats und die Fraktionen des Abgeordnetenhauses werden dazu Fragen beantworten.

Liebe Mitglieder des LSBB,

die Anzahl der Einladungen und Bitten um Beteiligung an den LSBB nimmt kontinuierlich zu. Das ist auch ein Ausdruck dafür, dass unser öffentliches Wirken zur Kenntnis genommen wird.

Allein im Mai und Juni nahmen Mitglieder des LSBB an folgenden Veranstaltungen und Beratungen teil: eine Auswahl

am 16.05.	Ausschuss Umwelt, Verkehr, Klimaschutz des AGH
am 16.05.	Ausschuss Integration, Arbeit und Soziales des AGH
am 04.06.	19. Berliner Hoffest
am 05.06.	Sitzung der BVV Pankow mit seniorenpolitischen Themen
am 14.06.	Konferenz des Bundesverbandes der Volkssolidarität „Herausforderungen für die Sozialwirtschaft“
am 13./14.06.	Bundesinstitut für Risikobewertung -Forum Verbraucherschutz Generationen 65+
am 17.06.	1. Statuskonferenz Bibliotheksentwicklungsplan für Berlin

Mehrere Arbeitsgruppen des LSBB haben ihre Tätigkeit fortgesetzt. Über ihre aktuellen Ergebnisse werden sie ja heute noch berichten.

Entsprechend Terminplanung nahmen Mitglieder, Stellvertreter\*innen und kompetente Bürger, im Auftrag des LSBB an den Sitzungen der Senatsverwaltung für IAS zu den Handlungsfeldern der „Leitlinien der Berliner Seniorenpolitik 2020“ und an der Beratung der Lenkungsgruppe am 28.05. aktiv teil. Es wurden Maßnahme-Bögen erarbeitet und diskutiert. Ende August sollen die Maßnahme- Entwürfe für die Tagung am 01.10.2019 fertig sein.

Liebe Mitglieder des LSBB,  
der Vorstand hat sich sehr gefreut, dass an allen genannten Veranstaltungen, die keinen Anspruch auf Vollzähligkeit haben, Mitglieder bzw. Stellvertreter\*innen des LSBB teilgenommen haben.

Dennoch haben wir die Aufgabe uns auch weiterhin zu Wort zu melden, wenn wir als beratendes Mitglied in einem Gremium des Senates nicht einbezogen werden.

Wie bereits im Bericht des Vorstandes zum Plenum am 15.05. ausgeführt, tagte der der Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz am 16.05.2019.

Es stand eine Vorlage zur Beschlussfassung der zukünftigen Zusammensetzung des Gremiums FahrRat auf der Tagesordnung.

In diesem Gremium war der LSBB bisher nicht vorgesehen. Für uns unverständlich, da wir doch im Mobilitätsbeirat bisher sehr aktiv an der Erarbeitung des Berliner Mobilitätsgesetzes mitgearbeitet haben und tun es auch aktuell mit dem Entwurf des „Fußgesetz“. Auf Initiative unseres Fachsprechers haben wir uns an die verkehrspolitischen Sprecher\*innen der Koalitionsfraktionen und die Senatorin Frau Günther mit der Bitte gewandt, sich dafür einzusetzen und die Vorlage zu ändern. Die positiven Reaktionen waren erfreulich. Der Staatssekretär Herr Streese teilte uns in einem Brief mit, dass die Beschlussvorlage Drucksache 18/1717, in der die Empfehlung zum Teilnehmerkreis des Gremiums ausgeführt ist, vor der abschließenden Befassung im AGH in die Ausschüsse überwiesen wurde. Der Antrag den LSBB in den FahrRat aufzunehmen, wurde im Ausschuss am 16.05. angenommen. Die nächste Behandlung der Vorlage ist im Hauptausschuss. Der LSBB wird also Mitglied im Gremium FahrRat und wird sich zugleich auch für die Belange der behinderten und bewegungseingeschränkten Menschen einsetzen. Erfreulicherweise wurde auch der Aufnahme des Landesschüler\*innen/Landesschülerausschuss zugestimmt. Der Vorstand erwartet, dass die AG Verkehr und Mobilität sich darauf verständigt, welches Mitglied den LSBB im Gremium zuverlässig vertritt. Jetzt müssen wir unserer Verantwortung auch gerecht werden.

Anknüpfend an das Plenum im Mai möchte ich daran erinnern, dass wir uns über das Thema „ Von Wohnungspolitik zur Wohnpolitik“ verständigt hatten.

Die Abgeordnete Frau Radziwill von der SPD Fraktion und der Abgeordnete Herr Nelken von der Fraktion DIE LINKE, hatten sich dazu wie folgt geäußert Zitat:  
„Wir ziehen alle Register zur Verhinderung von Mieterhöhungen“. Das Casino muss geschlossen werden, um den privaten Wohnungsmarkt im Auftrieb zu deckeln“ Zitat Ende

Wir hatten in der Debatte die Wohn-und Lebensbedingungen, insbesondere der Älteren in den Mittelpunkt gestellt.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung DIW hatte sich ebenfalls mit dem Thema befasst und stellte fest:

„Bei zwei Drittel aller älteren Mieterhaushalte liegt die Wohnkostenbelastung über 30 Prozent. Die Situation von Personen ab 65 Jahre, die allein leben und mehr als ein Drittel ihres Einkommens für das Wohnen aufnehmen müssen, ist sozialpolitisch problematisch. Sie haben keine Möglichkeit ihr Alterseinkommen zu verbessern, so dass auch geringe Miet-und Nebenkostenerhöhungen zu einer finanziellen Überforderung und im schlimmsten Fall zum Verlust der Wohnung führen kann.“ Zitat Ende

Der Berliner Senat hatte auf seiner Sitzung am 18. Juni 2019 bekannter Maßen die Eckpunkte für ein Berliner Mietengesetz/Mietendeckel beschlossen.

Diese beinhalten u.a. einen Mietenstopp für fünf Jahre und eine Begrenzung der Wiedervermietungsmiete auf die Höhe, die der Vormieterhaushalt bezahlt hat. Zudem werden Mietobergrenzen festgelegt, auf die bereits sehr hohe Mieten auf Antrag abgesenkt werden können.

Auf Grundlage der beschlossenen Eckpunkte wird nun der konkrete Gesetzentwurf ausgearbeitet und nach dem Senatsbeschluss im Oktober 2019 an das Abgeordnetenhaus von Berlin zur weiteren Beratung und Verabschiedung übergeben. Das Berliner Mietengesetz soll Anfang 2020 in Kraft treten und die Bewohner\*innen der Stadt vor einem weiteren ungebremsten Mietanstieg und der damit einhergehenden Verdrängung schützen.

Der LSBB ist, dass haben die Diskussionen auf dem Plenum im Mai bestätigt, der Auffassung, dass Wohnen ein Grundbedürfnis und Menschenrecht ist und dass wir die Festschreibung in der Berliner Landesverfassung begrüßen.

Liebe Mitglieder des LSBB,  
der Berliner Senat hat am 18.06. auf seiner Sitzung den Haushaltsentwurf für die Periode 2020/21 beschlossen.

Wichtigstes Merkmal des Entwurfes ist die konsequente Umsetzung der Schuldenbremse. Ab 2020 greift das Neuverschuldungsverbot der Schuldenbremse. Der strukturell ausgeglichene Haushalt ist das oberste Ziel jeder Haushaltsplanung. Der Haushaltsentwurf sieht für 2020 ein Gesamtvolumen von 31,084 Mrd. Euro und für 2021 ein Gesamtvolumen von 32,349 Mrd. Euro vor. Die Ausfinanzierung politisch getroffener Entscheidungen – etwa die Anpassung der Beamtenbezüge an den Durchschnitt der Bundesländer, die Schulbauoffensive und das Schülerticket – führt zu einer Steigerung der Ausgaben um 3,2 bzw. 4,6 Prozent gegenüber dem jeweiligen Vorjahr.

Wir haben als LSBB eine ganz konkrete Erwartungshaltung- Mit großer Mehrheit haben wir der Senatsverwaltung Integration, Arbeit und Soziales auf dem Plenum am 15.05. die Empfehlung zum Fortbestand der gemeinsamen Geschäftsstelle, bei der für Seniorenpolitik zuständigen Senatsverwaltung ab 01.01.2020 übermittelt. Wir wurden um unseren Standpunkt gebeten und haben ausführlich unseren beschlossenen Antrag begründet.

Mit Erstaunen und Unverständnis mussten wir jedoch folgenden Sachverhalt zur Kenntnis nehmen:

Uns liegt der Entwurf des Haushalts 2020/2021 der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales - Kapitel 1150 - zum Titel 68406 vor. Danach ist, wie in den Vorjahren, wieder ein Zuschuss an eine soziale oder ähnliche Einrichtung zur "Förderung und Unterstützung der laufenden Arbeit der Landesseniorenvertretung und des Landesseniorenbeirats" vorgesehen. Der Haushaltsansatz wird begründet mit: "Gefördert wird die laufende Arbeit des Landesseniorenbeirats und der Landesseniorenvertretung. Die Finanzierung der Arbeit beider Seniorengremien erfolgt gem. § 3 b Abs. 1 BerlSenG. Gefördert wird eine Geschäftsstelle mit 2 Teilzeit-.Personalstellen sowie Sachkosten und Fahrgelder für die ehrenamtliche

Arbeit der beiden Seniorengremien."

Die Beschreibung des Zuschusses für eine Organisation und die dazugehörigen Erläuterungen sind wortgleich mit denen in den Jahren 2018/2019. Der Zuschuss wird jedoch von 131.000 Euro im Jahr 2019 auf 133.000 Euro (2020) bzw. 135.600 Euro (2021) erhöht.

Aus unserer Sicht entspricht der Haushaltsplanentwurf 2020/2021 nicht dem Beschluss des LSBB über die Einrichtung einer gemeinsamen Geschäftsstelle der LSV und des LSBB und den mehrfachen mündlichen Ausführungen von Verwaltungsvertreter\*innen oder den bekannt gewordenen bzw. vermittelten Bemerkungen der politischen Führung der SenIAS.

Wir gehen aber zunächst davon aus, dass zum Zeitpunkt der Haushaltsplan Anmeldung unser Beschluss noch nicht bekannt war und dass es sich um einen Entwurf handelt, der durch den Gesetzgeber, das Abgeordnetenhaus geändert werden kann. Es wird jetzt unsere Aufgabe sein, die Abgeordneten der Fraktionen von unserem Modell einer Geschäftsstelle zu überzeugen.

Liebe Mitglieder des LSBB,

heute ist Einsendeschluss für die Beteiligung am Interessenbekundungsverfahren für Stellen im Pilotprojekt „Solidarisches Grundeinkommen“. Das Land Berlin hat ein erhebliches Interesse daran, Langzeitarbeitslosigkeit frühzeitig und proaktiv zu bekämpfen, bevor sich im Arbeitsleben erworbene Kompetenzen und Beschäftigungsfähigkeit für eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt substantiell verringern. (Auszug Verwaltungsvorschrift vom 02.07.2019.)

Interessierte Arbeitgebende können sich über die genauen Rahmenbedingungen informieren. Bis Ende 2020 sollen 1.000 Berliner\*innen eine gemeinwohlorientierte Beschäftigung aufnehmen.

Ich habe diese Information in den Bericht des Vorstandes aufgenommen, weil wir mit der Schaffung dieser Stellen, zunächst für 5 Jahre, die Hoffnung verbinden, dass einige Stellen auch in den Begegnungsstätten, in den Mobilitätshilfediensten und im Bereich der Pflege ankommen. Daher wollen wir die Umsetzung des Pilotprojektes aufmerksam begleiten.

Liebe Mitglieder des LSBB,

Es ist unser Auftrag, uns in die Diskussionen auf allen Ebenen engagiert einzumischen, eigene Vorschläge zu unterbreiten, nicht immer nur zu reagieren, sondern auch zu agieren.

Mit konkreten Forderungen und Anträgen wollen wir Einfluss auf die Politik nehmen.

Lasst uns die gemeinsame erfolgreiche Arbeit von LSV und LSBB fortsetzen.

Diese Stadt und Ihre Senior\*innen brauchen uns!

Ich bedanke mich für ihre Aufmerksamkeit.

Eveline Lämmer

Vorsitzende